

Albaner, Tschetschenen, Uiguren und Tadschiken

Für die entsetzlichen Massaker in Syrien sollen vor allem ausländische Dschihadisten verantwortlich sein. Priester in Aleppo befürchten neuen Bürgerkrieg.

Von Michael Wrase, Limassol/Damaskus 09/03/2025

Syriens Übergangspräsident Ahmed al-Schara wirkte etwas hilflos, als er am Freitagabend auf den Aufstand der Assad-Loyalisten sowie die entsetzlichen Massaker bei dessen Niederschlagung reagierte. „Das neue Syrien“ würde jetzt von den „Überbleibseln“ des alten Syrien getestet, sagte der vollbärtige Politiker und lobte „die Reaktion“ der neuen Sicherheitskräfte. Wer sich von ihnen Übergriffen auf Zivilisten schuldig machte, werde hart bestraft, sagte al-Schara ohne die Massaker ausdrücklich zu erwähnen.

Mehr als 1000 alawitische Zivilisten sollen nach arabischen Medienberichten getötet worden sein. Die Mörder wollen ihre entsetzlichen Taten nicht verschleiern: Sie liessen sich dabei filmen, wie sie Kalaschnikow-Salven auf Kinder und alte Männer und Frauen abfeuerten, fröhlich dabei lachten und anschliessend Allah den Allmächtigen priesen. Ähnliche Videos hatten auch der sogenannte „Islamische Staat“ sowie Al Kaida veröffentlicht, also jene Terrororganisation, von der sich die HTS von Übergangspräsident al-Schara vor acht Jahren abgespalten hatte.

Man wolle sich von der Ideologie des globalen Dschihad abgrenzen, hiess es damals, und sich künftig auf den Sturz des Assad-Regimes konzentrieren – was im am 8. Dezember des letzten Jahres dann auch gelang. Um die „globalen Dschihadisten“ in seine äusserste heterogene Milizenallianz besser zu integrieren, hatte der neue starke Mann in Damaskus am 30. Dezember auch Uiguren, Albaner, Tadschiken sowie zwei Türken zu Generälen und Obersten ernannt.

Am gleichen Tag wurde in Damaskus auch ein „Abkommen zur Integration aller bewaffneten Gruppen unter die Verantwortung des (neuen) Verteidigungsministeriums“ unterzeichnet. Unter ihnen ist auch die dschihadistische „Turkestan Islamic Party“ (TIP), deren rund 4000 Kämpfer überwiegend aus China (Uiguren) sowie den zentralasiatischen Republiken Tadschikistan und Usbekistan kommen. Im ersten syrischen Bürgerkrieg (seit 2012) hatte die „TIP“, die einst Osama bin Laden die Treue geschworen hatte, immer wieder Massaker an Angehörigen der alawitischen und christlichen Minderheit verübt.

Die Alawiten, so ihr Schlachtruf, müssten ins Meer und die Christen in den Libanon getrieben werden. An diesen „Grundsätzen“ scheint die Gruppe trotz Ermahnungen aus Damaskus bis heute festzuhalten.

So waren nach Erkenntnissen der deutschen Orientalistin und Syrienkennerin Kristin Helberg vor allem „ausländische Dschihadisten, die sich den neuen Machthabern in Damaskus nicht unterwerfen wollen und Ahmad al-Schara als Verräter bezeichnen, an den Massaker der letzten Tage beteiligt“. Aber auch viele syrische Extremisten, auf deren Integration der Zentralmacht in Damaskus hoffte, würden die Autorität von Übergangspräsident al-Schara mittlerweile infrage stellen.



Wie mächtig diese Männer sind und ob sie bestraft oder entwaffnet werden könnten, werde sich erst in Zukunft zeigen, befürchtet Helberg. Die meisten Beobachter sind nach den Massakern der letzten Tage pessimistisch. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Tausende von alawitischen Zivilisten an Wochenende auf die russische Militärbasis Khmeimin, unweit der syrischen Hafenstadt Latakia, geflohen sind, um sich vor den mordenden Milizen zu retten.

In einem Fernsehbericht der BBC sind Tausende von Zivilisten auf dem von Putin Luftwaffe genutzten Stützpunkt zu sehen. Sie skandierten den Slogan „Das Volk will den Schutz der Russen“. Auch die christliche Minderheit in Syrien fühlt sich nach den Worten von Pater Bahjat Elia Karakach, einem Mönch und Gemeindepfarrer in Aleppo, bedroht.

„Wieder einmal stehen wir Syrer am Rande eines Bürgerkrieges“, sagte der Geistliche in einem Interview mit Radio Vatikan. Syrien bleibe der Schauplatz geopolitischer Konflikte, bei denen Grossmächte um Einfluss ringen würden. In der Kritik steht auch Übergangspräsident Al Schara. Dieser habe bisher keine ernsthaften Schritte unternommen, um öffentliche und faire Prozesse für Kriegsverbrecher zu gewährleisten oder eine Regierung zu bilden, die alle Teile der syrischen Gesellschaft repräsentiere, sagte Pater Karakach weiter.